

Nr. 17/653**Fragestunde**

1. Herkunftssprachlicher Unterricht an Schulen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2009
2. Keine Werbung für Babynahrung an Bremer Kliniken
Anfrage der Abgeordneten Sybille Bösch, Ursula Arnold-Cramer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 18. Februar 2009
3. HIV-/AIDS-Prävention in Schulen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Mustafa Güngör, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 19. Februar 2009
4. Lärmschutz am Arster Zubringer
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Bernd Richter, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 19. Februar 2009
5. Intranet der Sozialgerichtsbarkeit Niedersachsen und Bremen
Anfrage der Abgeordneten Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2009
6. Hafengüterverkehre
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2009
7. Kostenübernahme von medizinisch indizierter Narkose bei Zahnbehandlung
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2009
8. Entwicklung der Hepatitiserkrankungen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2009
9. Behördenübergreifende Fallkonferenzen als Bestandteil des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“
Anfrage der Abgeordneten Sibylle Winther, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2009
10. Zukunft der Designförderung im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Carl Kau, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. März 2009
11. Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hiller, Birgit Busch, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 3. März 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Erschließung der Luneplate
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 6. März 2009
13. Insolvenzen im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 9. März 2009
14. Entwicklung von tierversuchsfreien Testmethoden im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 9. März 2009
15. Finanzierung Havenwelten
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 11. März 2009
16. Sonntagsöffnungszeiten in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. März 2009
17. Verhalten von Einsatzkräften bei Amoklagen in Schulen und Kindertagesstätten im Bundesland Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 12. März 2009

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/654

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/655

Kein neuer Parteienstreit: Bildungskonsens unverzüglich unterschreiben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/735)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/656

Gesetz zur Änderung des Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenrechts

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/710)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/657

Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kaliindustrie ohne alle Anrainer der Flussgemeinschaft Weser

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/736)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Landtage in Hessen und Thüringen, dem Vertrag vom 28. Januar 2009 über die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen Gesamtrahmen für eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen“ nicht zuzustimmen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in Verhandlungen mit den Landesregierungen in Hessen und Thüringen darauf hinzuwirken, dass alle Weseranrainerländer an der Entwicklung einer Strategie beteiligt werden, die zum Ziel hat, die Einleitung von Salzlaugen in Werra und Weser absehbar zu beenden. Es sollen Lösungen gefunden werden, die die Kaliproduktion in Hessen und Thüringen erhalten und die Anforderungen eines zukunftsgerichteten und EU-konformen Gewässerschutzes erfüllen. Die Festschreibung einer Belastung der Unterlieger der Weser über weitere Jahrzehnte liegt nicht im Interesse Bremens. Der Senat wird deshalb gebeten, alle Möglichkeiten zu prüfen, gegen den Vertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und der K+S Kali GmbH vorzugehen und der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner, seine Gespräche mit den Landesregierungen der beteiligten Länder mit dem Ziel fortzusetzen, dass die Interessen Bremens bei zukünftigen Maßnahmen und den damit verbundenen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die mit Auswirkungen auf das Flussökosystem Weser verbunden sind, berücksichtigt werden und die Weseranrainerländer gegenseitige umfassende Beteiligungsmöglichkeiten vereinbaren.

Nr. 17/658

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/734)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das Pilotprojekt „Stopp Discard“ und die in der ersten Phase nachgewiesenen Möglichkeiten zu einer deutlichen Verringerung von Beifang und Discard in der Nordatlantikkfischerei.
2. Der Senat wird aufgefordert, bei der Bundesregierung auf eine rasche Fortsetzung und Ausweitung des bislang sehr erfolgreich verlaufenen Pilotprojekts zu dringen.
3. Der Senat wird gebeten, über Bundesrat und Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die EU-Fischereiregeln auf Basis der in dem Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse möglichst bald mit der Zielsetzung novelliert werden, den unterschiedlichen Fischereibedingungen in südlichen und nördlichen Meeren gerecht zu werden.

Nr. 17/659

Reform der Jobcenter darf nicht scheitern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 18. März 2009
(Drucksache 17/737)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, den Vorschlag zur Neuordnung der Durchführung des SGB II des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie aller 16 Bundesländer noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Die geforderte Verfassungsänderung zur Ermöglichung einer Mischverwaltung zwischen Bund und Kommune sowie die einzelgesetzlichen Regelungen zur Errichtung der Zentren für Arbeit und Grundversicherung (ZAG) sollen unverzüglich in ein Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Grundgesetzänderung und die einfachgesetzlichen Regelungen über den Bundesrat ins Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Nr. 17/660

Verkehrsinfrastruktur in der Region sichern – Gemeinderat Lilienthal muss Blockade gegen die Linie 4 aufgeben

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 18. März 2009

(Drucksache 17/738)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in dem Beschluss des Gemeinderates Lilienthal gegen die Verlängerung der Linie 4 nach Falkenberg einen Bruch der Durchführungsvereinbarung vom April 2006.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass das Projekt „Weiterbau der Linie 4 sowie der Ortsentlastungsstraße Lilienthal“ zu Ende geführt wird, um eine umweltfreundliche Mobilität in der Region zu gewährleisten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Gemeinde Lilienthal, dass die Durchführungsvereinbarung zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 und zur Realisierung der Ortsentlastungsstraße Lilienthal in allen Punkten eingehalten wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat umgehend Gespräche mit der Gemeinde Lilienthal und der niedersächsischen Landesregierung führt, mit dem Ziel, die Einhaltung der mit der Gemeinde Lilienthal geschlossenen Verträge zu erreichen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet ferner eine Prüfung, wie die Baumaßnahmen auf den mit Bremer Mitteln finanzierten Abschnitten der Ortsentlastungsstraße Lilienthal unverzüglich so lange eingestellt werden können, bis die Gemeinde Lilienthal ihren Beschluss revidiert.